

ERGÄNZUNGSANTRAG Stadtrat Eduardo Mossuto (FW) Stadtrat Jürgen Wenzel (FW) vom 16.07.2012	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	37. Plenarsitzung Gemeinderat 24.07.2012 1155 15 öffentlich
Integriertes Stadtentwicklungskonzept		

- A. Die Gemeinderatsfraktionen und Einzelvertreter werden aufgefordert, bis Ende Februar 2013 ihre kommunalpolitischen Vorstellungen zur ENTWICKLUNG DER STADT zu entwerfen und in einer hierfür anzuberaumenden öffentlichen Gemeinderatssitzung darzulegen.
- B. Sodann sind die Verfahrensweise, die Verfahrensschritte und der Modus der Bürgerbeteiligung zur Aufstellung der Stadtentwicklungsplanung vom Gemeinderat zu beraten und festzulegen.

Sachverhalt/Begründung:

Die Stadtentwicklungsplanung ist eine politische Planung. Deren Beratung, Aufstellung, Änderung und Fortschreibung ist eine Daueraufgabe der Kommunalpolitik. Sie ist dynamisch und nicht statisch. Sie sollte und kann daher nicht, wie eine Bausatzung, in einem Workshop abgehandelt und festgeklopft werden.

Die Arbeitsteilung zwischen Politik/Gemeinderat und Verwaltung sollte von folgendem Grundsatz ausgehen: Die Politik sagt, wie sie sich die Entwicklung der Stadt in einem Zeitraum von 10 bis 20 Jahren wünscht. Die Verwaltung sagt, wie dies geht. Und nicht umgekehrt. Dazu sind Fachpläne notwendig, die die Verwaltung nach den politischen Vorgaben zur Beratung in den Ausschüssen und der Öffentlichkeit und zur Beschlussfassung durch den Gemeinderat aufstellt.

Die Entwicklung einer Stadt berührt die Bürgerinnen und Bürger. Es ist ihre Stadt und sie haben eigene Entwicklungsvorstellungen, jedoch keine "Bühne" wie der Gemeinderat, um diese direkt zu beraten und zu veröffentlichen. Eine repräsentative Demokratie muss bereit sein, den Bürgerinnen und Bürgern breite Mitwirkungsmöglichkeiten anzubieten. Dieser Transfer der Bürgermeinung kann nicht durch Veranstaltungen der Verwaltung erfolgen, an denen mehr zuständige Verwaltungsmitarbeiter als interessierte Bürger teilnehmen. Die Bürgerbeteiligung und die Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger zu Geist, Richtungen und Eckpunkten der von der Politik gewünschten Entwicklung müssen ernster genommen werden. Hierfür sind Bürgervereine, Institutionen des öffentlichen Rechts, Vertretungen des Mittelstands, der Industrie und des Handwerks mit ihren Anliegen in die öffentlichen Vorberatungen fest einzubinden. Sie sind die "Bühnen" der Beratung für das "Volk", der direkten Basisdemokratie.

Eine Stadtentwicklungsplanung, die keine solch breite Beratung in der Bürgerschaft wie in den Institutionen erfahren hat, wird nicht von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger mitgetragen werden. Sie muss zunächst in ein breites offenes Beratungsverfahren geschickt werden, um für die Freien Wähler abstimmungsfähig zu werden.

unterzeichnet von:

Eduardo Mossuto

Jürgen Wenzel

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

17. Juli 2012